

SPD: Kein Quarzabbau in Merten/Rösberg

Regionalratsfraktion setzt Maßstäbe

Die rechtliche Notwendigkeit zur Ausweisung einer Konzentrationszone für die Abgrabung von hochreinem weißen Quarzkies im Vorgebirge zwingt den Regionalrat zu einer Standortentscheidung. Die SPD-Fraktion hat sich als erste hierzu klar positioniert. Nach fünfständigen Beratungen im Bornheimer Rathaus, an denen auch Bürgermeister Wolfgang Henseler, der SPD-Kreisvorsitzende Sebastian Hartmann sowie Bornheims SPD-Fraktionschef Wilfried Hanft teilnahmen, war klar:

Am Sonnenhof bei Merten-Rösberg soll keine Abgrabungsfläche aufgeschlossen werden. „Weil die Ergiebigkeit an dem seltenen Rohstoff an diesem Standort gering ist, der Eingriff für Menschen und Landschaft jedoch enorm, spricht eine sorgsame Abwägung gegen den Standort“, begründet der stellv. Vorsitzende der SPD-Regionalratsfraktion Achim Tütenberg die Entscheidung. Sollten die anderen Fraktionen im Regionalrat der Einladung der SPD für dieses Konzept folgen dann

wird eine rund zehn Jahre dauernde Regionalplandiskussion, die am Ende eine hohe Rechtsunsicherheit ausgelöst hat, endlich zu einem akzeptablen Ergebnis geführt. Insbesondere der frühere Regierungspräsident Lindlar (CDU) hatte das Vorgebirge in Angst und Schrecken versetzt, als er den Neuaufschluss eines kompletten Tagebaugeländes im Dobschleider Tal zu seiner regionalpolitischen Forderung erhob. Seit mit Ministerpräsidentin Hannelore Kraft auch Gisela Walsken (SPD) als

neue Regierungspräsidentin in Köln ihre Arbeit aufnahm, änderte sich nicht nur der Stil im Auftritt, sondern auch die Kooperativität in der Sache. Während Lindlar Einladungen der Landschaftschutzvereine Vorgebirge und Kottenforst zur Erörterung der Planungen vor Ort einfach ausschlug, traf sich Walsken schon kurz nach ihrer Amtsübernahme mit den Beteiligten und interessierte sich für den Standpunkt der Bürgerschaft. Seitdem kam Bewegung in die Sache.

10.12.2011

Wir Bornheimer

Ende: Aus der Arbeit der Parteien SPD